

4028 A Justiz-Ministerial-Blatt für Hessen

HESSEN



HERAUSGEGEBEN VOM HESSISCHEN MINISTERIUM DER JUSTIZ

68. Jahrgang

Wiesbaden, den 1. Dezember 2016

Nr. 12

	Seite
Inhalt:	
Runderlasse	
Anordnung über Berichtspflichten in Strafsachen und Bußgeldsachen	425
Bekämpfung gemeingefährlicher und übertragbarer Krankheiten bei Gefangenen; Ausführungsbestimmungen zum Infektionsschutzgesetz	428
Bekanntmachungen	
Übersicht über den Geschäftsanfall in der ordentlichen Gerichtsbarkeit, bei den Staatsanwaltschaften, der Verwaltungs-, der Finanz-, der Arbeits- und Sozial- gerichtsbarkeit in Hessen im Jahr 2015	431
Personalnachrichten	463
Berichtigungen	463
Stellenausschreibungen	467

RUNDERLASSE

Nr. 31 Anordnung über Berichtspflichten in Strafsachen und Bußgeldsachen.
RdErl. d. HMdJ v. 20.10.2016 (4I07 - III/A 2 - 2016/303 - III/A) – JMBl. S. 425 –
– Gült.-Verz. Nr. 243 –

§ 1

(1) In Strafsachen ist zu berichten, wenn das Ministerium der Justiz darum bittet.

(2) Dem Ministerium der Justiz ist auch ohne Anforderung möglichst frühzeitig und fortlaufend nach Maßgabe von § 5 Abs. 1 zu berichten, wenn einem Verfahren wegen der Art oder des Umfangs der Beschuldigung, wegen der Person oder der Stellung

einer oder eines Beteiligten oder aus sonstigen Gründen eine besondere Bedeutung zukommt, insbesondere wenn es voraussichtlich parlamentarische oder sonstige politische Gremien oder die Öffentlichkeit beschäftigen wird oder eine Unterrichtung des Ministeriums der Justiz sonst geboten erscheint.

§ 2

In Strafsachen soll dem Ministerium der Justiz ferner berichtet werden, wenn

1. sich ein Bedürfnis für die Änderung von Rechtsvorschriften oder Verwaltungsanordnungen herausstellt,
2. sich ein Bedürfnis zur Vornahme organisatorischer Maßnahmen ergibt, die von dem Ministerium der Justiz zu treffen sind,
3. in einem Verfahren erhebliche Bedenken gegen die Verfassungsmäßigkeit einer Rechtsvorschrift vorgebracht werden,
4. Verfahrensweise oder Verfahrensergebnis im Einzelfall beispielhaft für andere Gerichte oder Behörden erscheinen,
5. die erforderliche Mitarbeit anderer Stellen nicht oder unzureichend, insbesondere unzumutbar verzögert geleistet wird.

§ 3

Auf Berichte, die auf Ersuchen der Generalstaatsanwältin oder des Generalstaatsanwalts oder ohne besondere Anforderung lediglich ihr oder ihm erstattet werden, sind die nachfolgenden Bestimmungen entsprechend anzuwenden.

§ 4

(1) Aus dem Bericht sollen wesentlicher Inhalt und Stand des Verfahrens hervorgehen; auf Vorberichte kann Bezug genommen werden. Bei Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung hat der Bericht auch Meinung und Argumente der Staatsanwaltschaft bzw. Amtsanwaltschaft zu enthalten.

(2) Abschließende gerichtliche Entscheidungen und Verfügungen der Staatsanwaltschaft bzw. Amtsanwaltschaft sind, sofern sie eine Begründung enthalten, in Mehrfertigung zu übersenden, auch wenn sie noch nicht unanfechtbar geworden sind. Wird über eine Hauptverhandlung berichtet, so sind gegebenenfalls auch die Anträge der Sitzungsvertreterin oder des Sitzungsvertreters der Staatsanwaltschaft bzw. Amtsanwaltschaft sowie die vom Gericht nach § 268a StPO getroffenen Entscheidungen anzugeben.

§ 5

(1) Ist fortlaufend zu berichten, so sollen Berichte – unabhängig von einem Berichtsauftrag – spätestens sechs Monate nach dem Vorbericht erstattet werden, es sei denn, dass bereits vor Ablauf dieser Frist wichtige Verfahrensabschnitte (Haftentscheidung, Abschlussverfügung, gerichtliche Entscheidung im Zwischenverfahren, Erlass eines Strafbefehls, Urteil usw.) anstehen oder darüber hinaus ein Interesse des Ministeriums an der Mitteilung eines besonderen Vorkommnisses zu erwarten ist. Die vorgenannte Frist beträgt nach Anklageerhebung oder Beantragung eines Strafbefehls (jeweils gegen sämtliche Beschuldigte) zwölf Monate. Nach einem erstinstanzlichen Urteil (gegen sämtliche Beschuldigte) ist keine Frist mehr einzuhalten, sondern nur noch anlassabhängig zu berichten. Wird eine Einstellungsverfügung angefochten, so ist die Berichterstattung bis zum endgültigen Abschluss des Verfahrens fortzusetzen. Über das Ergebnis einer Hauptverhandlung ist alsbald zu berichten; die schriftlichen Entscheidungsgründe sind nachzureichen, sobald sie vorliegen.

(2) Hält die Staatsanwaltschaft bzw. Anwaltschaft weitere Berichte für entbehrlich, obwohl das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, so ist dies mitzuteilen.

§ 6

(1) Die Berichtspflicht obliegt der Staatsanwaltschaft bzw. Anwaltschaft. Der Bericht ist in der Regel von der Dezernentin oder dem Dezernenten zu zeichnen und über die Abteilungsleiterin oder den Abteilungsleiter, die Hauptabteilungsleiterin oder den Hauptabteilungsleiter der Behördenleiterin oder dem Behördenleiter zum Sichtvermerk vorzulegen. Bei Berichten nach § 3 zeichnet in der Regel die Abteilungsleiterin oder der Abteilungsleiter den Sichtvermerk. Sind Berichtsverfasserin oder Berichtsverfasser und Dezernentin oder Dezernent nicht identisch, so ist in dem Bericht der Name der Dezernentin oder des Dezernenten anzugeben.

(2) Die Abteilungsleiterin oder der Abteilungsleiter hat auf die Einhaltung der Berichtspflichten zu achten und die Vorlage der Dezernentin oder des Dezernenten zu prüfen. Die Zeichnung des Berichts durch die Behördenleiterin oder den Behördenleiter kann insbesondere geboten sein, wenn Kritik an der Sachbearbeitung der Staatsanwaltschaft bzw. Anwaltschaft erhoben worden ist.

§ 7

(1) Der Bericht ist grundsätzlich durch elektronische Post an das Ministerium der Justiz auf dem Dienstweg zu erstatten. Ausgenommen von der Übermittlung auf elektronischem Weg sind Berichte in besonders vertraulich zu behandelnden Angelegenheiten (VS-Sachen) sowie Berichte, mit denen Akten übermittelt werden oder deren Anlagen nicht elektronisch übermittelt werden können. In besonders eiligen Fällen ist vorab fernmündlich, durch persönlichen Vortrag oder durch die unmittelbare Übersendung

elektronischer Post an das Ministerium der Justiz – die zugleich an die Generalstaatsanwältin oder den Generalstaatsanwalt zu erfolgen hat – zu berichten. Sind die Behördenleiterin oder der Behördenleiter und die Generalstaatsanwältin oder der Generalstaatsanwalt noch nicht unterrichtet, so ist dies unverzüglich nachzuholen.

(2) Randberichte der Generalstaatsanwältin oder des Generalstaatsanwalts sind der Staatsanwaltschaft bzw. Amtsanwaltschaft, Randberichte der Behördenleiterin oder des Behördenleiters der Berichtsverfasserin oder dem Berichtsverfasser zur Kenntnis zu geben, es sei denn, dass dies weder zur Unterstützung bei der zu treffenden Entscheidung oder bei der sonstigen Förderung des Verfahrens noch zur Ausübung der Dienstaufsicht erforderlich erscheint.

§ 8

(1) Die vorstehenden Bestimmungen finden auf Bußgeldsachen entsprechende Anwendung.

(2) Durch andere Verwaltungsvorschriften oder Einzelanordnungen begründete Berichtspflichten bleiben unberührt.

§ 9

Dieser Runderlass tritt am 1. Januar 2017 in Kraft.

Nr. 32 Bekämpfung gemeingefährlicher und übertragbarer Krankheiten bei Gefangenen; Ausführungsbestimmungen zum Infektionsschutzgesetz. RdErl. d. HMdJ v. 7.11.2016 (4551 - IV/B 3 - 2016/8635 - IV/B) – JMBl. S. 428 – – Gült.-Verz. Nr. 245, 351 –

RdErl. v. 13. 01. 2011 (JMBl. S. 209)

§ 1

Untersuchung durch den anstaltsärztlichen Dienst

Bei Gefangenen, Untergebrachten und arrestierten Jugendlichen, die in Küchen, Bäckereien und Metzgereien eingesetzt werden sollen, hat der anstaltsärztliche Dienst festzustellen, dass keine Hinderungsgründe nach § 42 Abs. 1 Satz 1 und 2 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch

Gesetz vom 18. Juli 2016 (BGBl. I S. 1666), vorliegen. Über die Untersuchung ist ein ärztliches Zeugnis zu erstellen.

§ 2

Belehrung, Bescheinigung

(1) Personen nach § 1 Satz 1 sind nach § 43 Abs. 1 Satz 1 IfSG über die Tätigkeitsverbote nach § 42 Abs. 1 IfSG und die Verpflichtung zur unverzüglichen Mitteilung über das Auftreten von Hinderungsgründen nach § 42 Abs. 1 Satz 1 und 2 IfSG nach Aufnahme der Tätigkeit in mündlicher und schriftlicher Form zu belehren. Die Belehrung erfolgt durch den anstaltsärztlichen Dienst, sofern dieser nach § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 IfSG hiermit beauftragt ist. Ansonsten sind die Personen nach § 1 Satz 1 dem Gesundheitsamt zur Belehrung vorzuführen; das ärztliche Zeugnis nach § 1 Satz 2 ist dem Gesundheitsamt vorzulegen. Nach der Belehrung haben die Personen nach § 1 Abs. 1 schriftlich zu erklären, dass ihnen keine Tatsachen für ein Tätigkeitsverbot bei ihnen bekannt sind.

(2) Über die vorgenommene Belehrung nach Abs. 1 Satz 1 und die Abgabe der schriftlichen Erklärung nach Abs. 1 Satz 4 wird eine Bescheinigung ausgestellt.

§ 3

Wiederholungsbelehrung

Der anstaltsärztliche Dienst wiederholt im Abstand von jeweils zwei Jahren die Belehrung nach § 2 Abs. 1 Satz 1. Die Teilnahme an der Belehrung ist zu dokumentieren.

§ 4

Bedienstete

Bedienstete, die in Küchen, Bäckereien oder Metzgereien eingesetzt werden sollen, haben eine Bescheinigung des Gesundheitsamtes nach § 43 Abs. 1 Satz 1 IfSG vorzulegen, die nicht älter als drei Monate sein darf. Im Übrigen gilt § 3 entsprechend.

§ 5

Aufbewahrung der Unterlagen

Die Bescheinigungen des Gesundheitsamtes und des anstaltsärztlichen Dienstes nach § 43 Abs. 1 IfSG und die Dokumentation über die letzte Wiederholungsbelehrung nach § 3 sind in Ablichtung durch die jeweiligen Betriebe verfügbar zu halten und dem Gesundheitsamt auf Verlangen vorzulegen. Die Originale sind in einem Sonderheft zu den

Generalakten 455 (Gesundheitsfürsorge für Gefangene) getrennt nach Bediensteten und Personen nach § 1 Satz 1 zu verwahren.

§ 6

Essensausgabe, sonstige Tätigkeiten

(1) Gefangene, Untergebrachte und arrestierte Jugendliche, die mit der Essensausgabe betraut werden sollen, dürfen diese Tätigkeit erst aufnehmen, wenn der anstaltsärztliche Dienst aufgrund einer Untersuchung bestätigt hat, dass die Person gesundheitlich unbedenklich für die beabsichtigte Tätigkeit eingesetzt werden kann.

(2) Abs. 1 gilt entsprechend bei Tätigkeiten, die außerhalb von Küchen, Bäckereien und Metzgereien im Zusammenhang mit Lebensmitteln zur Gemeinschaftsverpflegung anfallen.

§ 7

Aufhebung bisheriger Vorschriften, Inkrafttreten

Der Runderlass vom 13. Januar 2011 (JMBl. S. 209) wird aufgehoben. Dieser Runderlass tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

BEKANNTMACHUNGEN

Übersicht über den Geschäftsanfall in der ordentlichen Gerichtsbarkeit, bei den Staatsanwaltschaften, der Verwaltungs-, der Finanz-, der Arbeits- und der Sozialgerichtsbarkeit in Hessen im Jahr 2015. Bek. d. HMdJ v. 1.11.2016 (1441 - Z/A 3 - 2015/9053 - Z/A 2) – JMBl. S. 431 –

(Letzte Übersicht für 2014 in JMBl. 2015, S. 234)

AMTSGERICHTE

A Zivilsachen (ohne Familiensachen)

I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten	2013	2014	2015
1. Mahnsachen	521.267	477.213	451.468
2. Zivilprozesssachen			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	97.656	97.987	91.569
Erledigungen	98.098	96.771	95.049
Unerledigt am Jahresende	45.643	46.840	43.255
b) Erledigte Verfahren	98.098	96.771	95.049
a) Erledigte Verfahren nach der Art			
Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	13	9	10
	0,0%	0,0%	0,0%
Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils auf Grund eines Voll- streckungsvertrages	190	142	138
	0,2%	0,1%	0,1%
Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	2.242	2.136	1.787
	2,3%	2,2%	1,9%
Klageverfahren	83.897	85.380	85.905
	85,5%	88,2%	90,4%
Sonstige zur Zuständigkeit des Prozess- gerichts gehörende Verfahren	11.697	9.017	7.112
	11,9%	9,3%	7,5%
b) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet			
Nachbarschaftssachen	444	482	458
	0,5%	0,5%	0,5%
Schuldrechtsanpassungs- und Boden- rechtssachen der neuen Länder	17	8	9
	0,0%	0,0%	0,0%
Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	953	818	775
	1,0%	0,8%	0,8%

	2013	2014	2015
Verkehrsunfallsachen	10.501 10,7%	10.179 10,5%	10.429 11,0%
Wohnungsmietsachen	21.904 22,3%	20.388 21,1%	19.909 20,9%
sonstige Mietsachen	2.581 2,6%	2.302 2,4%	2.215 2,3%
Kaufsachen	15.439 15,7%	14.389 14,9%	14.309 15,1%
Arzthaftungssachen	181 0,2%	180 0,2%	157 0,2%
Reisevertragssachen	9.701 9,9%	14.258 14,7%	10.040 10,6%
Kredit-/Leasingsachen	1.838 1,9%	2.034 2,1%	5.061 5,3%
Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)	2.833 2,9%	2.650 2,7%	2.966 3,1%
Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	185 0,2%	187 0,2%	132 0,1%
Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	4.270 4,4%	3.969 4,1%	3.935 4,1%
Schadensersatzansprüche aus vorsätzlicher Körperverletzung	599 0,6%	507 0,5%	483 0,5%
Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 1 bis 4 WEG	2.331 2,4%	2.174 2,2%	2.225 2,3%
Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG	156 0,2%	109 0,1%	105 0,1%
Sonstiger Verfahrensgegenstand	24.165 24,6%	22.137 22,9%	21.841 23,0%
3. Verteilungsverfahren	27	26	11
4. Zwangsversteigerungen von unbeweglichen Gegenständen	4.334	4.224	3.832
5. Zwangsverwaltungen	959	617	498
6. Vollstreckungssachen	180.980	184.548	192.653
7. Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	1.160	1.105	1.046

II. Insolvenz-, Konkurs- und Vergleichsverfahren	2013	2014	2015
1. Anträge auf Eröffnung des			
a) Insolvenzverfahren (IN)	5.901	6.040	5.791
b) Verbraucher- und Kleininsolvenzverfahren (IK)	6.557	6.348	6.088
c) Insolvenzverfahren nach ausländischem Recht (IE)	25	22	23
2. Eröffnete			
a) Insolvenzverfahren (IN)	2.718	2.385	2.330
b) Verbraucher- und Kleininsolvenzverfahren (IK)	6.072	5.849	5.525
c) Insolvenzverfahren nach ausländischem Recht (IE)	8	9	10
d) Anträge auf Versagung oder Widerruf der Restschuldbefreiung	576	629	627

III. Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

1. Grundbuchsachen			
a) Begründung und Veränderung von Eigentum und Erbbaurecht	130.229	129.366	135.043
b) Eintragung/Veränderung/Löschung von Rechten in Abt. II und III	270.878	266.553	270.795
c) Begründung, Aufteilung und Veränderung von Wohnungs- und Teileigentum	4.551	4.465	4.550
2. Landwirtschaftssachen	66	74	80
3. Registersachen (Eintragungen am Jahresende)			
a) Eingetragene Vereine	48.737	49.270	49.780
b) In das Handelsregister eingetragene Einzelkaufleute, juristische Personen, offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigungen	35.234	34.910	34.742
Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien	1.827	1.800	1.747
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	91.708	93.477	96.143
Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit	9	9	9
c) Eingetragene Genossenschaften	463	473	488
d) Seeschiffe	219	221	236
e) Binnenschiffe	249	247	250
4. Vormundschaftsgerichtliche Angelegenheiten			
a) Am Jahresende anhängige Vormundschaften, Pflegschaften des Vormundschaftsgerichts sowie Pflegschaften des Betreuungsgerichts	975	997	1.081
b) Am Jahresende anhängige Betreuungen	94.055	95.302	98.703

	2013	2014	2015
c) Betreuungsverfahren wurden anhängig	31.935	30.525	29.808
d) Andere betreuungsgerichtliche Angelegenheiten wurden anhängig	33	16	11
5. Unterbringungssachen (einschließlich Verfahren auf vormundschaftsgerichtliche Genehmigung zur Unterbringung) darunter Abschiebebehafssachen	24.829 816	23.445 461	24.064 371
6. Verfügungen von Todes wegen, Nachlass- und Teilungssachen			
a) Testamentssachen (IV)	39.333	37.732	40.052
b) Sonstige Nachlasssachen (VI)	49.252	47.520	53.443
7. Gerichtliche Urkunden, Standesamtssachen			
a) Angelegenheiten der Beratungshilfe	69.410	74.171	70.309
b) Sonstige Handlungen und Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit außerhalb eines anhängigen Verfahrens	2.506	1.773	2.048
c) Anträge auf Todeserklärung und Feststellung der Todeszeit	14	11	12
d) Standesamtssachen	334	299	303
IV. Kirchenaustritte	33.662	42.692	33.748
V. Hinterlegungssachen	5.911	3.915	3.919

B Familiensachen

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	48.599	48.800	53.263
Erledigungen	49.275	49.044	51.330
Unerledigt am Jahresende	34.402	34.245	36.163
b) Erledigte Verfahren	49.275	49.044	51.330
Davon waren			
Verfahren über abgetrennte Scheidungsfolgesachen	2.591 5,3%	1.593 3,2%	1.176 2,3%
Verfahren nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz	101 0,2%	104 0,2%	110 0,2%
Familiensachen	38.310 77,7%	38.502 78,5%	40.029 78,0%

	2013	2014	2015
Einstweilige Anordnungen	8.270 16,8%	8.843 18,0%	10.010 19,5%
c) Mit den erledigten Verfahren waren an Verfahrens- gegenständen insgesamt anhängig	67.919	67.648	69.539
Davon waren			
Scheidung	15.167 22,3%	14.999 22,2%	14.720 21,2%
Andere Ehesachen	53 0,1%	41 0,1%	33 0,0%
Elterlichen Sorge	10.299 15,2%	11.156 16,5%	14.723 21,2%
Umgangsrecht (auch nach § 165 FamFG)	4.093 6,0%	4.377 6,5%	4.225 6,1%
Herausgabe des Kindes	318 0,5%	338 0,5%	318 0,5%
Unterhalt für das Kind	5.496 8,1%	5.354 7,9%	4.739 6,8%
Sonstige Unterhaltssachen (auch nach §§ 1615l, 1615m BGB)	112 0,2%	115 0,2%	112 0,2%
Unterhalt für den Ehegatten/Lebenspartner	3.846 5,7%	3.815 5,6%	3.432 4,9%
Versorgungsausgleich	17.314 25,5%	15.795 23,3%	15.258 21,9%
Ehewohnung und/oder Haushalt	1.110 1,6%	1.235 1,8%	1.135 1,6%
Güterrechtssachen	1.485 2,2%	1.472 2,2%	1.405 2,0%
Maßnahme zum Schutz vor Gewalt und Nachstellung nach § 1 GewSchG	3.148 4,6%	3.348 4,9%	3.274 4,7%
Wohnungsüberlassung nach § 2 GewSchG	331 0,5%	358 0,5%	348 0,5%
Unterbringung nach § 1631b BGB	1.162 1,7%	1.023 1,5%	1.112 1,6%
Unterbringung nach öffentlichem Recht nach § 151 Nr. 7 FamFG	323 0,5%	361 0,5%	440 0,6%
sonstige Kindschaftssache	457 0,7%	672 1,0%	1.201 1,7%
Abstammungssache	1.132 1,7%	1.032 1,5%	993 1,4%

	2013	2014	2015
Adoptionssache	858 1,3%	862 1,3%	819 1,2%
Aufhebung/Feststellung der Lebenspartnerschaft nach § 269 Abs. 1 Nr. 1 und 2 FamFG	99 0,1%	99 0,1%	102 0,1%
sonstige Familiensache nach § 266 FamFG	713 1,0%	780 1,2%	757 1,1%
weitere Familiensache	403 0,6%	416 0,6%	393 0,6%
auf ein erledigtes Verfahren entfielen an Verfahrens- gegenständen im Durchschnitt	1,38	1,38	1,35
d) Geschäftsanfall in Vormundschafts- und Pflegschafts- verfahren des Familiengerichts			
1. Am Jahresende anhängige Vormundschaften, Pflegschaften und Ergänzungspflegschaften	7.769	8.335	11.912

C Strafsachen

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	42.209	39.907	40.284
Erledigungen	42.553	40.000	40.108
Unerledigt am Jahresende	15.324	15.220	15.389
b) Erledigte Verfahren	42.553	40.000	40.108
Davon waren			
Anträge auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft zuungunsten des Beschuldigten	34 0,1%	25 0,1%	24 0,1%
zugunsten des Beschuldigten	28 0,1%	23 0,1%	20 0,0%
Zurückverweisungen durch die Rechtsmittelinstanz	5 0,0%	2 0,0%	2 0,0%
Eröffnungen des Hauptverfahrens durch ein Gericht höherer Ordnung	4 0,0%	4 0,0%	2 0,0%
Vorlagen/Verweisungen durch ein Gericht niederer Ordnung	5 0,0%	10 0,0%	4 0,0%
in ein Strafverfahren übergegangene Bußgeldverfahren	3 0,0%	7 0,0%	2 0,0%
Anklagen	32.205 75,7%	30.066 75,2%	30.297 75,5%

	2013	2014	2015
Anträge auf Aburteilung im beschleunigten Verfahren	1.096 2,6%	1.070 2,7%	834 2,1%
Anträge auf Entscheidung im vereinfachten Jugendverfahren	421 1,0%	404 1,0%	398 1,0%
Anberaumung der Hauptverhandlung statt Erlass des Strafbefehls	267 0,6%	281 0,7%	271 0,7%
Einsprüche gegen einen von der Staatsanwaltschaft beantragten Strafbefehl	8.153 19,2%	7.857 19,6%	8.005 20,0%
Einsprüche gegen einen von der Finanzbehörde beantragten Strafbefehl	217 0,5%	137 0,3%	135 0,3%
Privatklagen	88 0,2%	85 0,2%	74 0,2%
c) Geschäftsanfall ausgewählter Verfahren			
1. Anträge auf Erlass von Strafbefehlen	37.222	36.214	37.127
2. Richterliche Entscheidungen in Haftsachen	5.523	5.575	6.071
3. Sonstige richterliche Maßnahmen	45.378	43.902	44.666

D Bußgeldverfahren

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	33.619	32.270	29.235
Erledigungen	33.814	32.940	29.317
Unerledigt am Jahresende	8.863	8.191	8.105
b) Geschäftsanfall ausgewählter Verfahren			
1. Erzwingungshafthanträge	21.873	16.395	15.187
2. Anträge auf gerichtliche Entscheidung nach § 25a Abs. 3 StVG, § 62 Abs. 1 S. 1 OWiG (Halterhaftung)	1.095	1.125	1.164
3. Sonstige Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen der Verwaltungsbehörde	420	295	301
4. Sonstige Anträge und Entscheidungen nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	1.226	1.236	1.361

E Rechtshilfesachen

(in der freiwilligen Gerichtsbarkeit)

Ersuchen a. d. Amtsgericht	7.262	6.574	6.733
Ersuchen an die Geschäftsstelle	2.824	1.922	2.141

LANDGERICHTE

A Zivilsachen

I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in erster Instanz

	2013	2014	2015
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	29.949	27.900	28.810
Erledigungen	28.612	27.547	30.963
davon durch die			
Zivilkammer	25.609	24.632	25.757
Kammer für Handelssachen	2.996	2.910	5.193
Kammer für Baulandsachen	7	5	12
Entschädigungskammer	0	0	1
Wiedergutmachungskammer	0	0	0
Un erledigt am Jahresende	29.075	29.428	27.276
b) Erledigte Verfahren	28.612	27.547	30.963
a) Erledigte Verfahren nach der Art			
Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	2	1	1
	0,0%	0,0%	0,0%
Klagen in Zwangsvollstreckungssachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils auf Grund eines Vollstreckungsvertrages	41	34	53
	0,1%	0,1%	0,2%
Anträge auf Vollstreckbarerklärung von Entscheidungen, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU ergangen sind (§ 1 Absatz 2 AVAG)	54	30	31
	0,2%	0,1%	0,1%
Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	1.620	1.416	1.360
	5,7%	5,1%	4,4%
Klageverfahren	25.869	25.181	28.065
	90,4%	91,4%	90,6%
Sonstige zur Zuständigkeit des Prozessgerichts gehörende Verfahren	1.026	885	1.453
	3,6%	3,2%	4,7%
b) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet			
Zivilkammern			
Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	2.322	2.157	1.980
	8,1%	7,8%	6,4%
Haftung von Personen (ohne Arzt- und Architektenhaftungssachen) und Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	737	718	634
	2,6%	2,6%	2,0%

	2013	2014	2015
Auseinandersetzungen von Gesellschaften	146 0,5%	126 0,5%	106 0,3%
Sonstige gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten (ohne Auseinandersetzungen von Gesellschaften)	276 1,0%	194 0,7%	143 0,5%
Gewerblicher Rechtsschutz	1.091 3,8%	834 3,0%	873 2,8%
Miet-/Kredit-/Leasingsachen	2.981 10,4%	2.882 10,5%	3.327 10,7%
Verkehrsunfallsachen	1.822 6,4%	1.775 6,4%	1.877 6,1%
Kaufsachen	2.077 7,3%	1.977 7,2%	1.893 6,1%
Arzthaftungssachen	633 2,2%	612 2,2%	675 2,2%
Reisevertragssachen	113 0,4%	121 0,4%	146 0,5%
Staatshaftungssachen (einschl. Enteignungsentschädigung)	282 1,0%	227 0,8%	198 0,6%
Sachenrechtsbereinigung und Boden-/Grund- stücksrecht betreffend die neuen Länder	2 0,0%	1 0,0%	1 0,0%
Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG	5 0,0%	7 0,0%	4 0,0%
Kapitalanlagesachen	3.012 10,5%	3.116 11,3%	3.735 12,1%
Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)	1.043 3,6%	1.070 3,9%	1.074 3,5%
technische Schutzrechte	28 0,1%	36 0,1%	39 0,1%
Kartellsachen	19 0,1%	31 0,1%	44 0,1%
Sonstiger Verfahrensgegenstand	9.020 31,5%	8.748 31,8%	9.008 29,1%
Kammer für Handelssachen			
Handelsvertretersachen	94 0,3%	102 0,4%	126 0,4%
Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	3316 1,1%	284 1,0%	368 1,2%

	2013	2014	2015
Bausachen	268 0,9%	287 1,0%	271 0,9%
Markensachen	77 0,3%	73 0,3%	86 0,3%
Wettbewerbssachen	514 1,8%	497 1,8%	527 1,7%
Kartellsachen	13 0,0%	31 0,1%	34 0,1%
Verfahren nach dem SpruchG	185 0,6%	191 0,7%	94 0,3%
Sonstiger Verfahrensgegenstand	1.529 5,3%	1.445 5,2%	3.687 11,9%
c) Erledigungen der Zivilkammern	25.609	24.632	25.757
Davon waren im Zeitpunkt der Erledigung anhängig			
bei dem Einzelrichter	23.072 90,1%	22.454 91,2%	22.913 89,0%
bei der Kammer	2.537 9,9%	2.178 8,8%	2.844 11,0%

II. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinstanz

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	4.964	4.645	4.499
Erledigungen	4.995	4.720	4.488
davon durch die			
Zivilkammer	4.970	4.694	4.468
Kammer für Handelssachen	25	26	20
Unerledigt am Jahresende	2.625	2.550	2.561
b) Erledigte Verfahren	4.995	4.720	4.488
Davon waren			
a) Erledigte Verfahren nach der Art			
Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	2 0,0%	1 0,0%	1 0,0%
Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungs- sachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines aus- ländischen Urteils auf Grund eines Vollstreckungs- vertrages	29 0,6%	36 0,8%	42 0,9%
Berufungen gegen Urteile in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	9 0,2%	8 0,2%	17 0,4%

	2013	2014	2015
Berufungsverfahren	4.917 98,4%	4.649 98,5%	4.403 98,1%
Sonstige zur Zuständigkeit des Berufungsgerichts gehörende Verfahren	38 0,8%	26 0,6%	25 0,6%

b) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet

Zivilkammern

Wohnungsmietsachen	1.058 21,2%	953 20,2%	956 21,3%
Sonstige Mietsachen	117 2,3%	121 2,6%	84 1,9%
Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)	141 2,8%	119 2,5%	118 2,6%
Verkehrsunfallachen	797 16,0%	787 16,7%	633 14,1%
Kaufsachen	366 7,3%	397 8,4%	307 6,8%
Arzthaftungssachen	20 0,4%	18 0,4%	17 0,4%
Nachbarschaftssachen	55 1,1%	50 1,1%	40 0,9%
Reisevertragssachen	326 6,5%	250 5,3%	292 6,5%
Kredit-/Leasingsachen	64 1,3%	123 2,6%	90 2,0%
Schuldrechtsanpassung- und Bodenrechtssachen der neuen Länder	2 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	72 1,4%	72 1,5%	43 1,0%
Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	11 0,2%	7 0,1%	7 0,2%
Schadensersatzansprüche aus vorsätzlicher Körperverletzung	23 0,5%	25 0,5%	12 0,3%
Honorarforderungen von Personen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	119 2,4%	118 2,5%	105 2,3%
Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 1 - 4 WEG	262 5,2%	276 5,8%	273 6,1%

	2013	2014	2015
Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG	89 1,8%	28 0,6%	8 0,2%
Sonstiger Verfahrensgegenstand	1.448 29,0%	1.350 28,6%	1.483 33,0%

Kammer für Handelssachen

Handelsvertretersachen	0 0,0%	0 0,0%	1 0,0%
Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	1 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Bausachen	0 0,1%	0 0,0%	2 0,0%
Markensachen	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Wettbewerbssachen	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Sonstiger Verfahrensgegenstand	24 0,5%	26 0,6%	17 0,4%

III. Beschwerden

Eingänge	5.923	6.379	6.290
----------	-------	-------	-------

B Strafsachen

I. Strafsachen in erster Instanz

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1.211	1.181	1.138
Erledigungen	1.167	1.162	1.130
Unerledigt am Jahresende	704	729	736
b) Erledigte Verfahren	1.167	1.162	1.130
Darunter waren			
Anträge auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft	15 1,3%	19 1,6%	14 1,2%
Zurückverweisungen durch die Rechtsmittelinstanz	19 1,6%	21 1,8%	27 2,4%
Anklagen	1.011 86,6%	995 85,6%	904 80,0%

	2013	2014	2015
Vorlagen oder Verweisungen durch ein Gericht niederer Ordnung	57 4,9%	65 5,6%	117 10,4%
Anträge auf Einleitung eines Sicherungsverfahrens	61 5,2%	57 4,9%	63 5,6%

II. Strafsachen in der Berufungsinstanz

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	2.855	2.718	2.592
Erledigungen	2.799	2.568	2.659
Unerledigt am Jahresende	1.193	1.344	1.277
b) Erledigte Verfahren	2.799	2.568	2.659
Davon waren			
Berufungen in Privatklageverfahren	3 0,1%	4 0,2%	1 0,0%
Anträge auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft	3 0,1%	5 0,2%	2 0,1%
Durch die Rechtsmittelinstanz zurückverwiesene Verfahren	11 0,4%	15 0,6%	24 0,9%
Berufungen in Officialverfahren	2.520 90,0%	2.299 89,5%	2.442 91,8%
Annahmeberufungen in Officialverfahren	262 9,4%	245 9,5%	190 7,1%

III. Beschwerden in Strafsachen

Eingänge	3.032	2.964	2.797
----------	-------	-------	-------

IV. Strafvollstreckungssachen

1. Verfahren vor der (kleinen) Strafvollstreckungskammer	7.584	6.829	5.347
2. Verfahren vor der (großen) Strafvollstreckungskammer	940	917	881

**STAATSANWALTSCHAFTEN UND AMTSANWALTSCHAFT
FRANKFURT AM MAIN**

A Geschäfte der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte

I. Anzeigesachen	2013	2014	2015
(ohne Verfahren gegen unbekannte Täter und Bußgeldsachen)			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	166.550	169.405	172.893
Erledigungen	167.111	169.616	170.860
Unerledigt am Jahresende	32.719	32.519	34.971
 II. Anzeigen gegen unbekannte Täter	 78.807	 78.554	 83.846
 III. Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	 712	 702	 550

B Geschäfte der Amtsanwältinnen und Amtsanwälte

I. Anzeigesachen (ohne Verfahren gegen unbekannte Täter und Bußgeldsachen)			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	186.647	190.430	197.509
Erledigungen	184.901	186.489	194.614
Unerledigt am Jahresende	29.326	33.264	36.438
 II. Anzeigen gegen unbekannte Täter	 130.870	 132.952	 142.182
 III. Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	 33.225	 31.694	 29.118

C Strafvollstreckung

I. Zahl der Personen, gegen die eine Vollstreckung eingeleitet wurde	70.447	66.323	63.313
 II. Abwendung der Ersatzfreiheitsstrafe			
1. Zahl der Personen, welche die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe durch unentgeltliche gemeinnützige Tätigkeit abgewendet haben	2.317	2.073	1.922
2. Zahl der Tage der Ersatzfreiheitsstrafe, deren Vollstreckung durch unentgeltliche gemeinnützige Tätigkeit abgewendet wurde	82.465	69.478	69.060

D Andere Geschäfte der Staats-(Amts-)anwaltschaften

	2013	2014	2015
Gnadensachen	293	288	252
Entschädigungssachen nach dem StREG	198	123	98
Rechtshilfesachen einschl. Auslieferungssachen	4.499	5.350	5.404

OBERLANDESGERICHT

A Zivilsachen (ohne Familiensachen)

I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinstanz

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	5.133	4.767	4.723
Erledigungen	5.250	4.851	4.710
Unerledigt am Jahresende	5.217	5.133	5.146
b) Erledigte Verfahren	5.250	4.851	4.710
a) Erledigte Verfahren nach der Art			
Abhilfeverfahren nach § 321a ZPO	3	2	3
	0,1%	0,0%	0,1%
Berufungen gegen Urteile in Zwangsvollstreckungs- sachen, Anträge auf Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Urteils auf Grund eines Vollstre- ckungsverfahrens	3	1	3
	0,1%	0,0%	0,1%
Berufungen gegen Urteile in Verfahren über Arrest oder einstweilige Verfügung	111	95	90
	2,1%	2,0%	1,9%
Berufungsverfahren	5.117	4.734	4.597
	97,5%	97,6%	97,6%
Sonstige zur Zuständigkeit des Berufungs- gerichts gehörende Verfahren	16	19	17
	0,3%	0,4%	0,4%
b) Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet			
Bau-/Architektensachen (ohne Architektenhonorarsachen)	311	353	380
	5,9%	7,3%	8,1%
Arzthaftungssachen	167	160	106
	3,2%	3,3%	2,3%
Auseinandersetzung von Gesellschaften	52	39	54
	1,0%	0,8%	1,1%

	2013	2014	2015
Verkehrsunfallsachen	263 5,0%	311 6,4%	292 6,2%
Kaufsachen	354 6,7%	352 7,3%	323 6,9%
Staatshaftungssachen (einschl. Enteignungsentschädigung)	35 0,7%	61 1,3%	59 1,3%
Reisevertragssachen	21 0,4%	29 0,6%	33 0,7%
Miet-/Kredit-/Leasingsachen	513 9,8%	423 8,7%	511 10,8%
Haftung von Personen (ohne Arzt- und Architekten- haftungssachen) und Honorarforderungen von Per- sonen, für die eine besondere Honorarordnung gilt	169 3,2%	144 3,0%	141 3,0%
Gewerblicher Rechtsschutz	170 3,2%	149 3,1%	149 3,2%
Sachenrechtsbereinigung und Boden-/Grundstücks- recht betreffend die neuen Länder	0 0,0%	1 0,0%	2 0,0%
Sonstige gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten	82 1,6%	94 1,9%	95 2,0%
Entschädigungssachen nach dem BEG	0 0,0%	0 0,0%	1 0,0%
Wohnungseigentumssachen nach § 43 Nr. 5 WEG	2 0,0%	1 0,0%	5 0,1%
Kapitalanlagesachen	939 17,9%	701 14,5%	594 12,6%
Ansprüche aus Versicherungsverträgen (ohne Verkehrsunfallsachen)	279 5,3%	251 5,2%	413 8,8%
technische Schutzrechte	6 0,1%	3 0,1%	2 0,0%
Kartellsachen	8 0,2%	14 0,3%	24 0,5%
Vergabesachen	4 0,1%	3 0,1%	6 0,1%
Sonstiger Verfahrensgegenstand	1.875 35,7%	1.762 36,3%	1.520 32,3%
II. Beschwerden			
Eingänge	2.561	2.331	2.453

B Familiensachen

I. Familiensachen in der Rechtsmittelinstanz (UF)	2013	2014	2015
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	2.449	2.431	2.187
Erledigungen	2.557	2.351	2.328
Unerledigt am Jahresende	1.412	1.492	1.351
b) Erledigte Verfahren			
Davon waren			
Lebenspartnerschaftssachen	2 0,1%	1 0,0%	0 0,0%
Familiensachen	2.262 88,5%	2.044 86,9%	2.097 90,1%
Beschwerden in einstweiligen Anordnungsverfahren	293 11,5%	306 13,0%	231 9,9%
c) Mit den erledigten Verfahren waren an Verfahrens- gegenständen insgesamt anhängig	2.689	2.469	2.440
davon betrafen			
Scheidung	108 4,0%	104 4,2%	78 3,2%
Elterlichen Sorge	574 21,3%	585 23,7%	553 22,7%
Umgangsrecht (auch § 165 FamFG)	189 7,0%	152 6,2%	199 8,2%
Herausgabe des Kindes	36 1,3%	29 1,2%	19 0,8%
Unterhalt für das Kind	392 14,6%	348 14,1%	319 13,1%
Sonstige Unterhaltssachen (auch nach §§ 1615I, 1615m BGB)	4 0,1%	7 0,3%	6 0,2%
Unterhalt für den Ehegatten/Lebenspartner	342 12,7%	282 11,4%	284 11,6%
Versorgungsausgleich	566 21,0%	541 21,9%	595 24,4%
Ehewohnung und/oder Hausrat	54 2,0%	50 2,0%	37 1,5%
Güterrechtssachen	100 3,7%	81 3,3%	82 3,4%
Maßnahme zum Schutz vor Gewalt und Nachstellung nach § 1 GewSchG	111 4,1%	114 4,6%	69 2,8%

	2013	2014	2015
Wohnungsüberlassung nach § 2 GewSchG	10 0,4%	3 0,1%	7 0,3%
Unterbringung nach § 1631b BGB	28 1,0%	17 0,7%	27 1,1%
Unterbringung nach öffentlichem Recht nach § 151 Nr. 7 FamFG	0 0,0%	4 0,2%	0 0,0%
sonstige Kindschaftssache	13 0,5%	9 0,4%	4 0,2%
Abstammungssache	27 1,0%	26 1,1%	15 0,6%
Adoptionssache	10 0,4%	11 0,4%	17 0,7%
Aufhebung/Feststellung der Lebenspartnerschaft nach § 269 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 FamFG	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
sonstige Familiensache nach § 266 FamFG	67 2,5%	55 2,2%	75 3,1%
weitere Familiensache	56 2,1%	46 1,9%	44 1,8%
II. Sonstige Beschwerden in Familiensachen	1.902	2.002	1.924

C Strafsachen

I. Strafsachen in erster Instanz

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	2	2	3
Erledigungen	3	1	3
Unerledigt am Jahresende	7	8	8

II. Strafsachen in der Revisionsinstanz

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	364	337	409
Erledigungen	365	304	391
Unerledigt am Jahresende	50	83	101

III. Geschäftsanfall an sonstigen Verfahren

Beschwerden in Strafsachen	1.402	1.253	1.266
Anträge auf Haftentscheidung (§§ 121 ff. StPO)	165	197	186

	2013	2014	2015
Anträge auf gerichtliche Entscheidung nach § 172 StPO	212	191	198
Auslieferungsverfahren	255	297	342
Verfahren nach § 23 EGGVG	46	29	39
Anträge nach § 51 RVG	63	73	55

D Bußgeldverfahren

I. Rechtsbeschwerden und Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerden

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1.175	1.259	1.241
Erledigungen	1.169	1.243	1.218
Unerledigt am Jahresende	63	79	103
b) Erledigte Verfahren	1.169	1.243	1.218
Davon waren			
Rechtsbeschwerden gegen ein Urteil	595	635	624
	50,9%	51,1%	51,2%
Rechtsbeschwerden gegen einen Beschluss nach § 72 OWiG	0	0	1
	0,0%	0,0%	0,1%
Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerden (§ 80 Abs. 1 OWiG)	574	608	593
	49,1%	48,9%	48,7%

II. Sonstiger Geschäftsanfall

Einsprüche nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	0	0	0
------------------------------------------------------------	---	---	---

STAATSANWALTSCHAFT BEI DEM OBERLANDESGERICHT

A Ermittlungsverfahren

Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	0	4	1
Erledigungen	0	1	1
Unerledigt am Jahresende	1	4	4

B Andere Geschäfte

Revisionen	414	390	427
Rechtsbeschwerden nach dem OWiG	1.202	1.260	1.252

	2013	2014	2015
Beschwerden gegen gerichtliche Entscheidungen	1.129	1.024	1.053
Beschwerden gegen Staats-/Anwälte (Zs)	2.946	2.719	2.606
Haftprüfungsverfahren	167	196	183
Aus- und Durchlieferungssachen	369	402	429
Berufsgerichtliche Verfahren und Disziplinarverfahren	554	545	433
Rechtssachen (Vertretung des Fiskus)	262	237	227
Entschädigungssachen nach dem StREG	181	207	213
Rechtshilfeangelegenheiten mit dem Ausland	825	827	855
Kartellbußgeldsachen	8	2	1

VERWALTUNGSGERICHTE

A Hauptverfahren

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	8.820	9.125	11.012
darunter Asylsachen	1.969	3.096	4.213
Erledigungen	8.054	9.114	10.517
darunter Asylsachen	1.832	2.335	3.836
Unerledigt am Jahresende	7.467	7.504	8.022
darunter Asylsachen	1.612	2.381	2.764
b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	8.054	9.114	10.517
Davon entfielen auf die Sachgebiete			
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	83	76	73
	1,0%	0,8%	0,7%
Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	323	373	434
	4,0%	4,1%	4,1%
Numerus-clausus-Verfahren	422	195	112
	5,2%	2,1%	1,1%
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Straßen- und Wegerecht, Recht der freien Berufe	923	1.059	825
	11,5%	11,6%	7,8%
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	733	715	662
	19,1%	7,8%	6,3%
Ausländerrecht	884	927	864
	11,0%	10,2%	8,2%

	2013	2014	2015
Asylrecht – Hauptsacheverfahren	1.832 22,7%	2.335 25,6%	3.836 36,5%
Asylrecht – Eilverfahren	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	433 5,4%	388 4,3%	331 3,1%
Umweltrecht	224 2,8%	238 2,6%	238 2,3%
Abgabenrecht			
– ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskammern, Steuerberaterkammern, Handwerkskammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftl. und berufsständischer Vereinigungen			
– ohne hochschulrechtliche Abgaben			
– ohne Sondernutzungsgebühr	748 9,3%	633 6,9%	682 6,5%
Recht des öffentlichen Dienstes	837 10,4%	709 7,8%	686 6,5%
Disziplinarrecht/Berufsgerichtliche Verfahren	60 0,7%	67 0,7%	48 0,5%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht	445 5,5%	481 5,3%	532 5,1%
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1. Januar 05)	1 0,0%	1 0,0%	1 0,0%
Sonstiges	104 1,3%	916 10,1%	1.193 11,3%

B Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz und sonstige Verfahren

I. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz

a) Geschäftsentwicklung:

Eingänge	3.918	5.118	6.670
darunter Asylsachen	684	1.815	3.386
darunter NC-Verfahren	1.468	1.597	1.433
Erledigungen	4.503	4.898	6.786
darunter Asylsachen	639	1.744	3.447
darunter NC-Verfahren	2.112	1.427	1.639

	2013	2014	2015
Unerledigt am Jahresende	1.070	1.298	1.185
darunter Asylsachen	94	169	109
darunter NC-Verfahren	641	813	607
b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	4.503	4.898	6.786
Davon entfielen auf die Sachgebiete			
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	34 0,8%	22 0,4%	34 0,5%
Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	126 2,8%	188 3,8%	238 3,5%
Numerus-clausus-Verfahren	2.112 46,9%	1.427 29,1%	1.639 24,2%
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Straßen- und Wegerecht, Recht der freien Berufe	76 1,7%	83 1,7%	77 1,1%
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	363 8,1%	309 6,3%	310 4,6%
Ausländerrecht	511 11,3%	529 10,8%	449 6,6%
Asylrecht – Hauptsacheverfahren	1 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Asylrecht – Eilverfahren	638 14,2%	1.744 35,6%	3.447 50,8%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	149 3,3%	126 2,6%	122 1,8%
Umweltrecht	42 0,9%	61 1,2%	42 0,6%
Abgabenrecht			
– ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskammern, Steuerberaterkammern, Handwerkskammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftl. und berufsständischer Vereinigungen			
– ohne hochschulrechtliche Abgaben			
– ohne Sondernutzungsgebühr	115 2,6%	94 1,9%	95 1,4%
Recht des öffentlichen Dienstes	230 5,1%	209 4,3%	213 3,1%
Disziplinarrecht/Berufsgerichtliche Verfahren	13 0,3%	8 0,2%	14 0,2%

	2013	2014	2015
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht	74 1,6%	79 1,6%	84 1,2%
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1. Januar 05)	1 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Sonstiges	18 0,4%	19 0,4%	21 0,3%
II. Vollstreckungsverfahren	88	80	109
III. Sonstige Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	273	358	433

HESSISCHER VERWALTUNGSGERICHTSHOF

A Hauptverfahren in erster Instanz

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	142	69	74
Erledigungen	87	71	76
Unerledigt am Jahresende	156	138	128

B Berufungen mit Anträgen auf Zulassung, Beschwerden gegen Hauptsacheentscheidungen in Personalvertretungssachen

a) Geschäftsentwicklung:

Eingänge	1.049	848	1.580
darunter Asylsachen	189	183	198
Erledigungen	904	824	902
darunter Asylsachen	98	197	157
Unerledigt am Jahresende	683	702	1.376
darunter Asylsachen	150	136	178

b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)

	904	824	902
Davon entfielen auf die Sachgebiete Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	14 1,5%	9 1,1%	16 1,8%

	2013	2014	2015
Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	33 3,7%	37 4,5%	53 5,9%
Numerus-clausus-Verfahren	0 0,0%	10 1,2%	0 0,0%
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Straßen- und Wegerecht, Recht der freien Berufe	96 10,6%	77 9,3%	85 9,4%
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	63 7,0%	64 7,8%	86 9,5%
Ausländerrecht	73 8,1%	83 10,1%	74 8,2%
Asylrecht – Hauptsacheverfahren	98 10,8%	197 23,9%	157 17,4%
Asylrecht – Eilverfahren	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	54 6,0%	49 5,9%	68 7,5%
Umweltrecht	40 4,0%	39 4,7%	39 4,3%
Abgabenrecht			
– ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskammern, Steuerberaterkammern, Handwerkskammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftl. und berufsständischer Vereinigungen			
– ohne hochschulrechtliche Abgaben			
– ohne Sondernutzungsgebühr	256 28,3%	76 9,2%	132 14,6%
Recht des öffentlichen Dienstes	92 10,2%	110 13,3%	96 10,6%
Disziplinarrecht/Berufsgerichtliche Verfahren	20 2,2%	13 1,6%	17 1,9%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht	62 6,9%	51 6,2%	55 6,1%
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1. Januar 05)	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Sonstiges	3 0,3%	9 1,1%	23 2,5%

**C Beschwerden gegen Entscheidungen mit Anträgen auf Zulassung/
Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz und sonstige Verfahren**

I. a) Geschäftsentwicklung der Beschwerden gegen Entscheidungen mit Anträgen auf Zulassung/Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz:			
	2013	2014	2015
Eingänge	820	738	581
Erledigungen	820	746	572
Unerledigt am Jahresende	108	94	101
b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	820	746	572
Davon entfielen auf die Sachgebiete			
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	11 1,3%	8 1,1%	14 2,4%
Bildungsrecht und Sport (ohne NC-Verfahren)	14 1,7%	28 3,8%	40 7,0%
Numerus-clausus-Verfahren	297 36,2%	198 26,5%	100 17,5%
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Straßen- und Wegerecht, Recht der freien Berufe	25 3,0%	29 3,9%	26 4,5%
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht	119 14,5%	90 12,1%	89 15,6%
Ausländerrecht	160 19,5%	182 24,4%	135 23,6%
Asylrecht – Hauptsacheverfahren	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Asylrecht – Eilverfahren	2 0,2%	18 2,4%	6 1,0%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	52 6,3%	52 7,0%	47 8,2%
Umweltrecht	24 2,9%	29 3,9%	22 3,8%
Abgabenrecht			
– ohne Kammerbeiträge für Industrie- und Handelskammern, Steuerberaterkammern, Handwerkskammern und andere Zusammenschlüsse wirtschaftl. und berufsständischer Vereinigungen			
– ohne hochschulrechtliche Abgaben			
– ohne Sondernutzungsgebühr	24 2,9%	25 3,4%	12 2,1%

	2013	2014	2015
Recht des öffentlichen Dienstes	79 9,6%	66 8,8%	66 11,5%
Disziplinarrecht/Berufsgerichtliche Verfahren	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Sozialrecht (ohne Sozialhilfe), Jugendschutzrecht, Kindergartenrecht, Kriegsfolgenrecht	11 1,3%	16 2,1%	13 2,3%
Sozialhilfe (Altverfahren seit 1. Januar 05)	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Sonstiges	2 0,2%	5 0,7%	2 0,3%

II. Geschäftsentwicklung der Beschwerden gegen Entscheidungen/Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz in numerus-clausus-Sachen:

Eingänge	298	195	102
Erledigungen	297	198	100
Unerledigt am Jahresende	3	0	2

III. Sonstige Beschwerden

490	451	613
-----	-----	-----

HESSISCHES FINANZGERICHT

A Klagen

a) Geschäftsentwicklung:

Eingänge	2.175	2.112	2.001
Erledigungen	2.398	2.356	2.255
Unerledigt am Jahresende	3.151	2.908	2.656

b) Gegenstände der erledigten Verfahren

2.959	2.893	2.724
-------	-------	-------

Davon entfielen auf die Sachgebiete

Gewinneinkünfte	355 12,0%	309 10,7%	354 13,0%
Überschusseinkünfte	338 11,4%	316 10,9%	296 10,9%

Sonstige Steuern von Einkommen einschließlich
nichteinkunftsartspezifische Streitpunkte

318 10,7%	280 9,7%	193 7,1%
--------------	-------------	-------------

	2013	2014	2015
Steuern von Einkommen, die (noch) nicht den Sachgebieten Gewinn- und Überschusseinkünfte und sonstige Steuern von Einkommen zugeordnet werden konnten	52 1,8%	45 1,6%	33 1,2%
Körperschaftsteuer	117 4,0%	109 3,8%	104 3,8%
Objektbezogene Steuern	261 8,8%	230 8,0%	218 8,0%
Verkehrssteuer	333 11,3%	381 13,2%	417 15,3%
Verbrauchssteuer sowie Angelegenheiten, die der Gesetzgebung des Bundes unterliegen und durch Bundes- oder Landesbehörden verwaltet werden	58 2,0%	37 1,3%	29 1,1%
Prämien, Zulagen und sonstige Förderungsleistungen (einschließlich Familienleistungsausgleich)	540 18,2%	651 22,5%	460 16,9%
Feststellung von Besteuerungsgrundlagen, Bewertung und Zerlegung	282 9,5%	230 8,0%	325 11,9%
Steuern von Vermögen, Haftung für Steuern sowie AO/FGO-Sachen, sonstige Verfahren	298 10,1%	299 10,3%	289 10,6%

B Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	434	404	358
Erledigungen	471	415	350
Unerledigt am Jahresende	131	120	128
b) Erledigte Verfahren	471	415	443
Davon waren			
Anträge auf Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz nach § 69 Abs. 3 FGO	422 89,6%	393 94,7%	332 94,9%
Anträge auf Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz nach § 114 FGO	49 10,4%	22 5,3%	18 5,1%

C Sonstige Verfahren

	2013	2014	2015
Kostensachen	64	47	45
Sonstige selbständige Verfahren	9	4	3

ARBEITSGERICHTE

A Urteils- und Beschlussverfahren (Normalverfahren)

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	32.843	31.385	30.660
Erledigungen	32.975	31.765	30.958
Unerledigt am Jahresende	9.981	9.509	9.269

Davon waren:

1. Normalklagen

Eingänge	31.129	29.684	28.895
Erledigungen	31.145	30.161	29.165
Unerledigt am Jahresende	9.243	8.870	8.657

2. Beschlussverfahren

Eingänge	1.714	1.701	1.765
Erledigungen	1.830	1.604	1.793
Unerledigt am Jahresende	538	639	612

B Sozialkassenklagen

Eingänge	18.410	16.846	15.284
Erledigungen	18.716	18.239	15.308
Unerledigt am Jahresende	6.123	4.758	4.741

C Mahnverfahren

Eingänge	41.876	45.256	55.655
davon waren			
1. Normalverfahren	1.722	1.355	1.430
2. Sozialkassenverfahren	40.154	43.901	54.225

HESSISCHES LANDESARBEITSGERICHT

A Berufungen und Beschwerdeverfahren in Beschluss­sachen nach §§ 87, 98 Abs. 2 ArbGG

Geschäftsentwicklung:	2013	2014	2015
Eingänge	1.781	2.063	1.813
Erledigungen	2.000	1.682	1.949
Unerledigt am Jahresende	1.208	1.586	1.447
Davon waren:			
1. Berufungen			
Eingänge	1.563	1.828	1.532
Erledigungen	1.729	1.466	1.708
Unerledigt am Jahresende	1.102	1.461	1.283
von den erledigten Berufungen waren			
Bestandsstreitigkeiten	559	407	408
2. Beschwerdeverfahren in Beschluss­sachen nach §§ 87, 98 Abs. 2 ArbGG			
Eingänge	218	235	281
Erledigungen	271	216	241
Unerledigt am Jahresende	106	125	164

B Beschwerdeverfahren nach §§ 78, 83 Abs. 5 ArbGG

Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	496	695	503
Erledigungen	489	622	505
Unerledigt am Jahresende	124	197	195

SOZIALGERICHTE

I. Geschäftsentwicklung Einstweiliger Rechtsschutz	2013	2014	2015
Eingänge gesamt	2.846	3.079	2.831
Erledigungen gesamt	2.847	3.038	2.889
Bestand Jahresende gesamt	329	370	310
II. Geschäftsentwicklung Klageverfahren			
Eingänge gesamt	20.423	19.767	20.881
Erledigungen gesamt	20.214	19.829	20.297
Bestand Jahresende gesamt	26.996	26.936	27.531
Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet	20.214	19.829	20.297
Krankenversicherung	3.244 16,0%	3.149 15,9%	3.626 17,9%
Vertrags (zahn)- arztangelegenheiten	642 3,2%	587 3,0%	547 2,7%
Pflegeversicherung	423 2,1%	425 2,1%	483 2,4%
Unfallversicherung	1.199 5,9%	1.273 6,4%	1.165 5,7%
Rentenversicherung	3.222 15,9%	3.273 16,5%	3.482 17,2%
Zusatz- und Sonderversorgung der neuen Bundesländer	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	1.988 9,8%	1.807 9,1%	1.552 7,6%
Angelegenheiten nach dem SGB II	5.091 25,2%	4.977 25,1%	5.367 26,4%
Streitigkeiten nach dem SGB XII und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	1.104 5,5%	883 4,5%	914 4,5%
Versorgungs- und Entschädigungsrecht	180 0,9%	180 0,9%	163 0,8%
Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX	2.899 14,3%	2.993 15,1%	2.792 13,8%
Sonstiges	222 1,1%	282 1,4%	206 1,0%

HESSISCHES LANDESSOZIALGERICHT

I. Geschäftsentwicklung I. Instanz	2013	2014	2015
Eingänge gesamt	5	20	9
Erledigungen gesamt	8	16	14
Bestand Jahresende gesamt	8	13	8
II. Geschäftsentwicklung Einstweiliger Rechtsschutz			
Eingänge gesamt	7	0	2
Erledigungen gesamt	5	0	1
Bestand Jahresende gesamt	0	0	0
III. Geschäftsentwicklung Einstweiliger Rechtsschutz nach § 29 SGG			
Eingänge gesamt	5	0	5
Erledigungen gesamt	5	2	4
Bestand Jahresende gesamt	2	0	1
IV. Geschäftsentwicklung Normenkontrollverfahren			
Eingänge gesamt	1	2	0
Erledigungen gesamt	1	1	1
Bestand Jahresende gesamt	0	1	0
V. Geschäftsentwicklung Berufungsverfahren			
Eingänge gesamt	1.766	1.722	1.674
Erledigungen gesamt	1.699	1.729	1.629
Bestand Jahresende gesamt	2.158	2.150	2.195
Erledigte Verfahren nach dem Sachgebiet	1.699	1.729	1.629
Krankenversicherung	287	335	313
	16,9%	19,4%	19,2%
Vertrags (zahn)- arztangelegenheiten	31	45	47
	1,8%	2,6%	2,9%
Pflegeversicherung	25	23	20
	1,5%	1,3%	1,2%
Unfallversicherung	218	237	253
	12,8%	13,7%	15,5%
Rentenversicherung	444	369	325
	26,1%	21,3%	20,0%

	2013	2014	2015
Zusatz- und Sonderversorgung der neuen Bundesländer	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	132 7,8%	121 7,0%	132 8,1%
Angelegenheiten nach dem SGB II	245 14,4%	315 18,2%	265 16,3%
Streitigkeiten nach dem SGB XII und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	157 9,2%	106 6,1%	132 8,1%
Versorgungs- und Entschädigungsrecht	38 2,2%	42 2,4%	20 1,2%
Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX	99 5,8%	108 6,2%	97 6,0%
Sonstiges	23 1,4%	28 1,6%	25 1,5%

**VI. Beschwerden gegen Entscheidungen über die
Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz**

Eingänge gesamt	408	374	540
Erledigungen gesamt	395	356	580
Bestand Jahresende gesamt	133	151	112

**VII. Sonstige Beschwerden ohne Beschwerden gegen
Entscheidungen über die Gewährung von einst-
weiligem Rechtsschutz**

Eingänge gesamt	634	529	619
Erledigungen gesamt	619	578	514
Bestand Jahresende gesamt	260	211	316

PERSONALNACHRICHTEN

BERICHTIGUNGEN

Im JMBl. Nr. 11/2016, S. 417 ist ein Fehler enthalten.

Es muss richtig lauten:

Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main

Ernannt wurde:

Zur Oberstaatsanwältin
als Abteilungsleiterin bei
einer General-
staatsanwaltschaft

: Oberstaatsanwältin als Dezernentin bei einer Generalstaats-
anwaltschaft Andrea Barbara Gallandi – unter Berufung in
das Beamtenverhältnis auf Probe –.

PERSONALNACHRICHTEN

Die Personalnachrichten enthalten nur solche Personalveränderungen, mit deren Veröffentlichung sich die oder der Bedienstete einverstanden erklärt hat.

Hessisches Ministerium der Justiz

Ernannt wurden:

Zum Ministerial-
dirigenten

: Leitender Oberstaatsanwalt als der ständige Vertreter einer
Generalstaatsanwältin oder eines Generalstaatsanwaltes
Peter Speth – unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf
Lebenszeit –;

zum Ministerialrat (B 2) : Vorsitzender Richter am Landgericht Dr. Andreas Sturm –
unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit –;

zum Ministerialrat (A 16) : Regierungsdirektor Berthold Riehl;

zur Oberamtsrätin : Amtsrätinnen Heidi Jung und Birgit Pflugmacher;

zum Oberamtsrat : Amtsräte Thomas Himmelstoß und Michael Weber;

zur Amtsrätin : Amtfrauen Birgit Lotfi-Tabrizi und Anika Schüler;

zur Justiz-

hauptsekretärin : Justizobersekretärin Galina Reimche;

zum Justizobersekretär : Justizsekretär Angelo-Julian Galasso.

Oberlandesgericht Frankfurt am Main

Ernannt wurde:

Zum Justizsekretär : Tobias Geidel, z. Z. abgeordnet an das Verwaltungsgericht Frankfurt am Main – unter gleichzeitiger Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe –.

Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main

Versetzt wurde:

Justizsekretärin Sandra Dingel v. d. Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main (Außenstelle Gießen-ZIT) a. d. Amtsgericht Marburg.

Landgerichte

Ernannt wurde:

Zur Justizsekretärin : Elena Fleck – unter gleichzeitiger Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe –.

Ausgeschieden ist:

Ruhestand:

Vorsitzender Richter am Landgericht Reinhold Josef Rützel in Fulda und Amtsinspektor Horst Jauernig in Frankfurt am Main.

Staatsanwaltschaften

Ernannt wurden:

Zur Leitenden Oberstaatsanwältin als Leiterin einer

Staatsanwaltschaft : Oberstaatsanwältin als Abteilungsleiterin bei einer Staatsanwaltschaft und als die ständige Vertreterin einer Leitenden Oberstaatsanwältin oder eines Leitenden Oberstaatsanwalts Annette Susanne von Schmiedeberg in Marburg;

Zur Justiz-

obersekretärin : Justizsekretärin Man-Man Lara Vidreiro da Graça in Gießen;

zum Justizobersekretär : Justizsekretär Christian Henneberg in Marburg;

zum Justizsekretär : Adrian Franke in Darmstadt – unter gleichzeitiger Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe –.

Versetzt wurde:

Amtsinspektor Jörg André Harbach v. d. Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main a. d. Regierungspräsidium Gießen.

Amtsgerichte

Ernannt wurden:

- Zur Richterin
am Amtsgericht : Richterinnen auf Probe Julia Bianca Reichert in Hanau und
Hedwig Charolte Zender in Frankfurt am Main – beide unter
Berufung in das Richterverhältnis auf Lebenszeit –;
- zum Ober-
gerichtsvollzieher : Gerichtsvollzieher Joachim Sellin in Weilburg;
- zum Justizobersekretär: Justizsekretär Sebastian Dluzenski in Rüsselsheim, z. Z.
abgeordnet an die Hessische Erstaufnahmeeinrichtung in
Gießen;
- zur Justiz-
hauptsekretärin : Justizobersekretärin Simone Wolf in Wiesbaden;
- zur Justizsekretärin : Carolin Mühlich und Sandra Pachmucki in Frankfurt am
Main sowie Hanna Kampe in Offenbach am Main – alle
unter gleichzeitiger Berufung in das Beamtenverhältnis auf
Probe –;
- zum Justizsekretär : Sven Walter in Frankfurt am Main, Steffen Monnier in König-
stein im Taunus und Maik Stroh in Offenbach am Main – alle
unter gleichzeitiger Berufung in das Beamtenverhältnis auf
Probe –.

Versetzt wurden:

Obergerichtsvollzieherin Cornelia John v. d. Amtsgericht Friedberg (Hessen) a. d. Amtsgericht Gießen, Obergerichtsvollzieher Stephan Stix v. d. Amtsgericht Dieburg a. d. Amtsgericht Michelstadt, Obergerichtsvollzieher Arno Köhler v. d. Amtsgericht Alsfeld a. d. Amtsgericht Gießen, Gerichtsvollzieherin Katja Endrejat v. d. Amtsgericht Rüsselsheim a. d. Amtsgericht Groß-Gerau, Gerichtsvollzieherin Angelika Glöckner v. d. Amtsgericht Dillenburg a. d. Amtsgericht Biedenkopf, Gerichtsvollzieherin Diana Heider v. d. Amtsgericht Kassel a. d. Amtsgericht Bad Hersfeld, beauftragte Gerichtsvollzieherin Jasmin Ehnert v. d. Amtsgericht Königstein im Taunus a. d. Amtsgericht Friedberg (Hessen), beauftragte Gerichtsvollzieherin Carina Höhn v. d. Amtsgericht Offenbach am Main a. d. Amtsgericht Dieburg, beauftragte Gerichtsvollzieherin Saskia Kunkel v. d. Amtsgericht Darmstadt a. d. Amtsgericht Rüsselsheim, beauftragter Gerichtsvollzieher Patrick Blum v. d. Amtsgericht Fulda a. d. Amtsgericht Kassel, beauftragter Gerichtsvollzieher Marco Möbius v. d. Landgericht Frankfurt am Main a. d. Amtsgericht Kirchhain, beauftragter Gerichtsvollzieher Marcel Hömke v. d. Amtsgericht Fulda a. d. Amtsgericht Königstein im Taunus, Justizhauptsekretärin Simone Weber v. d. Amtsgericht Saarlouis a. d. Amtsgericht Offenbach am Main, Justizsekretärin Bettina Stolze v. d. Amtsgericht Michelstadt a. d. Amtsgericht Eschwege, Justizsekretärin Kristine Köhler v. d. Amtsgericht Frankfurt am Main a. d. Hessische Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen und Justizsekretärin Jennifer Pfeffer v. d. Amtsgericht Frankfurt am Main a. d. Hessische Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen und Justizsekretär Axel Zimmermann v. d. Amtsgericht Wiesbaden a. d. Hessische Ministerium der Justiz.

Ausgeschieden sind:

Ruhestand:

Obergerichtsvollzieherin Brigitte Buchenau in Kassel, Obergerichtsvollzieherin Monika Spahr in Weilburg, Obergerichtsvollzieher Karl-Heinz Kreß in Bensheim, Obergerichtsvollzieher Werner Dippel in Biedenkopf, Obergerichtsvollzieher Wolfgang Magnon in Hanau, Amtsinspektor Michael Gilgenast in Frankenberg (Eder) Justizhauptsekretär Alexander Edelmann in Gießen und Justizvollstreckungshauptsekretär Ernst Schneider in Offenbach am Main.

Amtsanwaltschaft Frankfurt am Main

Ernannt wurde:

Zur Justizsekretärin : Kathrin Hofmeyer und Sophie Leux – beide unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit –.

Hessischer Verwaltungsgerichtshof

Ernannt wurden:

Zur Justizamtfrau : Justizoberinspektorin Dunja Berghöfer;
zum Justiz-
oberinspektor : Justizinspektor Sebastian Schmidt.

Verwaltungsgerichte

Ernannt wurde:

Zum Justizobersekretär : Justizsekretär Sascha Grabner in Gießen.

Sozialgerichte

Ernannt wurde:

Zum Richter am Sozialgericht als der ständige Vertreter einer Direktorin oder eines Direktors : Richter am Sozialgericht als weiterer aufsichtführender Richter Dr. Robert Horn in Gießen.

IT-Stelle der hessischen Justiz in Bad Vilbel

Ernannt wurden:

Zum Obersekretär im Justizwachtmeisterdienst : Erster Justizhauptwachtmeister Robin Mankel;

zum Amtmann : Oberinspektor Michael Neumann;
zur Justizamtfrau : Justizobersekretärin Susanne König;
zur Justizinspektorin : Justizobersekretär Kathrin Wald.

Versetzt wurden:

Inspektor Daniel Döttger v. d. IT-Stelle der hessischen Justiz a. d. Landgericht Frankfurt am Main und Melanie Sames v. d. IT-Stelle der hessischen Justiz a. d. Amtsgericht Frankfurt am Main.

Notarinnen und Notare

Zum Notar wurden bestellt:

Rechtsanwalt Christian Kolmer mit dem Amtssitz in Aßlar und Rechtsanwalt Claus-Peter Bittmann mit dem Amtssitz in Viernheim.

Ausgeschieden sind:

Aufgrund des Erreichens der Altersgrenze:

Notar Hans-Ulrich Ostrowitzki, Marburg, mit Ablauf des 31.10.2016,
Notar Reinhard Bohlig, Korbach, mit Ablauf des 31.12.2016.

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um die Stellen für:

Ordentliche Gerichtsbarkeit

1. Eine Vorsitzende Richterin oder einen Vorsitzenden Richter am Oberlandesgericht Frankfurt am Main (R 3).

Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Juni 2012 (S. 196 ff., Anlage 1, Ziffer 2.3) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.

2. Eine Richterin oder einen Richter am Oberlandesgericht Frankfurt am Main (R 2).

Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Juni 2012 (S. 196 ff., Anlage 1, Ziffer 2.2) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.

3. Eine Richterin oder einen Richter
am Oberlandesgericht Frankfurt am Main (R 2).
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Juni 2012 (S. 196 ff., Anlage 1, Ziffer 2.2) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.
4. Eine Vorsitzende Richterin oder einen Vorsitzenden Richter
am Landgericht Kassel (R 2).
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Juni 2012 (S. 196 ff., Anlage 1, Ziffer 2.3) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.

Staatsanwaltschaften

5. Eine Oberstaatsanwältin als Abteilungsleiterin bei einer Staatsanwaltschaft und als ständige Vertreterin einer Leitenden Oberstaatsanwältin oder eines Leitenden Oberstaatsanwalts oder einen Oberstaatsanwalt als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft und als ständiger Vertreter einer Leitenden Oberstaatsanwältin oder eines Leitenden Oberstaatsanwalts
bei der Staatsanwaltschaft Fulda (R 2 mit Amtszulage nach Fußnote 8).
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Juni 2012 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 196 ff., Anlage 1, Ziffer 2.5) auszurichten.
6. Eine Oberstaatsanwältin als Dezernentin bei einer Generalstaatsanwaltschaft oder einen Oberstaatsanwalt als Dezernent bei einer Generalstaatsanwaltschaft
bei der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main (R 2).
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Juni 2012 veröffentlichten Anforderungsprofil (S. 196 ff., Anlage 1, Ziffer 2.6) auszurichten.
7. Eine Oberstaatsanwältin als Abteilungsleiterin bei einer Staatsanwaltschaft oder einen Oberstaatsanwalt als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft
bei der Staatsanwaltschaft Kassel (R 2).
Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Juni 2012 (S. 196 ff., Anlage 1, Ziffer 2.7) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.

Sozialgerichtsbarkeit

8. Eine Richterin am Sozialgericht – als weitere aufsichtführende Richterin – oder einen Richter am Sozialgericht – als weiterer aufsichtführender Richter –
bei dem Sozialgericht Frankfurt am Main (R 2).

Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Juni 2012 (S. 196 ff., Anlage 1, Ziffer 2.1) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.

9. Eine **Geschäftsleiterin** oder einen **Geschäftsleiter** (§ 4 GO) bei dem Sozialgericht Wiesbaden (Besoldungsgruppe A 12 HBesG). Die Stelle ist zum 1. Februar 2017 zu besetzen.

Die Bewerberin oder der Bewerber sollte folgendes Anforderungsprofil erfüllen:

I. Allgemeine Voraussetzungen

- Laufbahnprüfung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst oder für den Rechtspflegerdienst **sowie vergleichbare Laufbahnprüfungen**
- Pflichtbewusstsein
- Leistungsbereitschaft
- Belastbarkeit
- Flexibilität
- Initiative
- Besonders gute Auffassungsgabe
- Gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen
- Kostenbewusstsein;

II. Besondere Voraussetzungen

1) Fachkompetenz

- Erfahrung in der Rechtspflege oder der Justizverwaltung
- Mindestens gutes fachliches Können;

2) Soziale Kompetenz

- Kontaktfähigkeit und Gesprächsbereitschaft
- Fähigkeit zur Konfliktlösung
- Fähigkeit zu interner und externer Zusammenarbeit;

3) Führungskompetenz

- Fähigkeit zum Vorbild
- Entscheidungskompetenz, Durchsetzungsvermögen, Verhandlungsgeschick
- Befähigung zur Personalführung und Motivation;

4) Organisatorische Kompetenz

- Befähigung zur Steuerung und Veränderung von Organisationsabläufen
- Befähigung zur Entwicklung und Umsetzung von Neuerungen
- Befähigung zum sachgerechten Personaleinsatz.

Arbeitsgerichtsbarkeit

10. Die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten des Arbeitsgerichts Frankfurt am Main (R 2 mit Amtszulage nach Fußnote 6). Die vorzulegenden dienstlichen Beurteilungen haben sich an dem im JMBl. vom 1. Juni 2012 (S. 196 ff, Anlage 1, Ziffer 2.5) veröffentlichten Anforderungsprofil auszurichten.

Informationstechnik-Stelle der hessischen Justiz

11. Die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten der Informationstechnik-Stelle der hessischen Justiz in Bad Vilbel (A 16)

Bei der Informationstechnikstelle der hessischen Justiz in Bad Vilbel (IT-Stelle) ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten zu besetzen. Es steht eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 16 HBesG zur Verfügung.

Das Aufgabengebiet umfasst neben der Stellvertretung der Behördenleiterin/des Behördenleiters der IT-Stelle der hessischen Justiz die Leitung eines oder mehrerer eJustice-Projekte.

Dabei sind insbesondere folgende Aufgaben wahrzunehmen:

- Personalführung und Personalverantwortung
- Projektmanagement
- Grundsatzfragen der Informations- und Kommunikationstechnik der hessischen Justiz
- Grundsatzfragen der Fachanwendungen der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten
- Bund-Länder-Zusammenarbeit in IT-Angelegenheit (in Abstimmung mit dem HMdJ)
- Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen.

Für diese Funktion werden neben allgemeinen Voraussetzungen auch Überzeugungsfähigkeit und Durchsetzungsvermögen, besonders ausgeprägte Urteilsfähigkeit und Entscheidungsbereitschaft, sicheres und kompetentes Auftreten sowie Teamfähigkeit, Belastbarkeit, Leistungsbereitschaft und Kreativität erwartet.

Weiterhin ist es für die Ausübung der ausgeschriebenen Position unabdingbar, dass die Bewerberin oder der Bewerber über

- Berufserfahrung in einer geschäftsbereichsübergreifenden Institution im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik (oder Vergleichbares)
- Kenntnisse und Erfahrungen im Bereich der Verwaltungsaufgaben einer Behörde und im Umgang mit einer obersten Landesbehörde
- sehr gute Kenntnisse der IT-Landschaft der hessischen Justiz sowie der diesbezüglichen Dienstleistungsbeziehungen
- Kenntnisse und Erfahrungen im Bereich der IT-Strukturen von Bund und Ländern

- die Fähigkeit, politische und wirtschaftliche Zusammenhänge zu erkennen und im Sinne der strategischen IT-Ausrichtung umzusetzen
 - qualifizierte Kenntnisse im Projektmanagement
 - ausgeprägte Fähigkeit zur Personalführung, insbesondere die Fähigkeit, Personal sachgerecht einzusetzen, kooperativ anzuleiten und zu fördern
 - Integrations- und Motivationskraft und Befähigung zur Konfliktlösung
 - ausgeprägtes Verhandlungs- und Beratungsgeschick sowie die Fähigkeit zum Ausgleich
 - sehr hohe Kommunikationskompetenz mit Kenntnissen und Fähigkeiten in moderner Erarbeitungsmethodik, Moderation und Präsentation
 - Organisationstalent, insbesondere die Fähigkeit, technische und organisatorische Veränderungen umzusetzen
 - ein hohes Maß an Selbständigkeit und besondere Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung
- verfügt.

Die Bewerberin oder der Bewerber sollte darüber hinaus die Richtlinien zur Förderung der Rotation der Beschäftigten des höheren Dienstes in der Landesverwaltung erfüllen.

Das schriftliche Einverständnis zur Einsichtnahme der Personalakte wird erbeten.

Vollzeitstellen sind grundsätzlich teilbar.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht.

Aufgrund des Frauenförderplans besteht eine Verpflichtung zur Erhöhung des Frauenanteils.

Schwerbehinderte Richterinnen und Richter, Beamtinnen und Beamte sowie Angestellte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind **auf dem Dienstweg** zu richten:

zu **Nr. 1 bis Nr. 8** und **Nr. 10 und Nr. 11** binnen **drei Wochen** an das Hessische Ministerium der Justiz in Wiesbaden;

zu **Nr. 9** in zweifacher Ausfertigung binnen **drei Wochen** an den Präsidenten des Hessischen Landessozialgerichts.

Eine Beschränkung des Auswahlverfahrens zu Nr. 1 bis Nr. 8 und Nr. 10 und Nr. 11 auf eventuelle Versetzungsbewerberinnen und -bewerber bleibt ebenso vorbehalten wie eine an Verwaltungsbelangen orientierte Ermessensentscheidung zwischen mehreren Versetzungsbewerberinnen und -bewerbern.

Herausgeber, Verlag: Hessisches Ministerium der Justiz.

Für den Inhalt verantwortlich: Ministerialdirigent Dr. Meilinger, Wiesbaden

ISSN 0022-7064

Redaktion & Abonnement:

Herr Lischer

(0611) 32 – 2692 christopher.lischer@hmdj.hessen.de

Fax: (0611) 32 – 2763

Das Blatt erscheint in der Regel monatlich einmal. Jahres-Abonnement-Bestellungen sind an das Hessische Ministerium der Justiz, Luisenstraße 13, 65185 Wiesbaden, zu richten. Der Bezugspreis **für das Jahr 2016** in Höhe von 18,50 € ist **nach Erhalt der gesonderten Rechnung** zu überweisen. Diese beinhaltet die **Bankverbindung** sowie die **unbedingt anzugebende Referenznummer**. Als Zahlungsabsender ist die jeweilige Zustellungsanschrift zu nennen.

Einzelstücke können bei der Justizvollzugsanstalt Darmstadt – Fritz-Bauer-Haus –, Marienburgstraße 74, 64297 Darmstadt, bestellt werden.

Preis dieser Nummer: 1,07 EURO.

Abonnementkündigungen können nur zum Ende eines Kalenderjahres vorgenommen werden.

Einbanddecken werden von den Justizvollzugsanstalten 64297 Darmstadt und 34121 Kassel preiswert hergestellt.

Druck: Justizvollzugsanstalt Darmstadt – Fritz-Bauer-Haus –

Dieses Produkt wird zu 100 % aus Recycling-Papier hergestellt.